



- Beschlusskammer 6 -

Beschluss

Az. BK6-18-120

In dem Verwaltungsverfahren

wegen: Genehmigung des abgeänderten Vorschlags der Übertragungsnetzbetreiber der Kapazitätsberechnungsregion Core zur Änderung der regionalspezifischen Anforderungen an die harmonisierten Vergabevorschriften für langfristige Übertragungsrechte gemäß Art. 4 Abs. 12 i.V.m. Art. 52 Abs. 3 der VO (EU) 2016/1719 der Kommission vom 26.09.2016 zur Festlegung einer Leitlinie für die Vergabe langfristiger Kapazität

der TenneT TSO GmbH, Bernecker Straße 70, 95448 Bayreuth, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung

– Antragstellerin zu 1 –

der 50Hertz Transmission GmbH, Heidestraße 2, 10557 Berlin, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung

– Antragstellerin zu 2 –

der Amprion GmbH, Robert-Schuman-Straße 7, 44263 Dortmund, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung

– Antragstellerin zu 3 –

der TransnetBW GmbH, Pariser Platz- Osloer Straße 15-17, 70173 Stuttgart, vertreten durch die Geschäftsführung

– Antragstellerin zu 4 –

hat die Beschlusskammer 6 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen Homann,

durch ihren Vorsitzenden Christian Mielke,
ihren Beisitzer Dr. Jochen Patt
und ihren Beisitzer Jens Lück

am 22.03.2019 beschlossen:

1. Der angehängte abgeänderte Vorschlag der Antragstellerinnen für die Änderung der regionalspezifischen Anforderungen der Kapazitätsberechnungsregion Core an die harmonisierten Vergabevorschriften für langfristige Übertragungsrechte wird genehmigt.
2. Ein Widerruf bleibt vorbehalten.
3. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Gründe

A.

Das vorliegende Verwaltungsverfahren betrifft die Genehmigung des gemeinsamen abgeänderten Vorschlags aller Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) der Kapazitätsberechnungsregion Core (CCR Core¹) für die Änderung der regionalspezifischen Anforderungen an die harmonisierten Vergabevorschriften für langfristige Übertragungsrechte gemäß Art. 4 Abs. 12 i.V.m. Art. 51 Abs. 1 und Art. 52 Abs. 3 der VO (EU) 2016/1719 der Kommission vom 26.09.2016 zur Festlegung einer Leitlinie für die Vergabe langfristiger Kapazität (im Weiteren nur „FCA-VO“).

Das Ziel der FCA-VO besteht in der Koordination und Harmonisierung der Berechnung und Vergabe von langfristiger zonenübergreifender Kapazität in den Märkten für Kapazität im Jahres- und Monats-Marktzeitbereich.

Um dieses Ziel zu erreichen, legt die FCA-VO u.a. harmonisierte Vergabevorschriften für

¹ Die CCR (Capacity Calculation Region) Core wurde durch die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) mit Beschluss 06-2016 vom 17.11.2016 festgelegt. Die CCR CORE besteht aus den Staaten Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Deutschland, Österreich, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Kroatien, Rumänien und Ungarn.

langfristige Übertragungsrechte (HAR²) fest und sieht die Einrichtung einer europäischen Plattform für die Vergabe langfristiger Kapazität („zentrale Vergabepattform“ bzw. „SAP“³) durch die ÜNB vor.

Vor diesem Hintergrund hat ACER am 02.10.2017 (Beschluss 06-2017) über europäisch harmonisierte Auktionsregeln (EU HAR) gemäß Art. 51 Abs. 1 i.V.m. Art. 52 Abs. 2 FCA-VO entschieden. Die EU HAR definieren im Wesentlichen die Mindeststandards für die Teilnahme am Allokationsprozess für langfristige Übertragungsrechte, harmonisierte Produkte für explizite Langfrist-Auktionen, Regeln für Nominierungen im Falle von physischen Übertragungsrechten, Prozesse für Kapazitätskürzungen und Kompensationszahlungen, Regeln für die Rückgabe und den Transfer von Übertragungsrechten sowie Abrechnungs- und Zahlungsprozesse.

Gemäß Art. 51 Abs. 1 FCA-VO können die EU HAR auch ergänzt werden um regionale und gebotszonengrenzenspezifische Anforderungen, wenn diese von den ÜNB jeder CCR gemäß Art. 52 Abs. 3 entwickelt wurden. Die regionalen und gebotszonengrenzenspezifischen Anforderungen sind gemäß Art. 4 Abs. 7 lit. e FCA-VO von allen Regulierungsbehörden der betroffenen Region zu genehmigen. Bezüglich der spezifischen Anforderungen der CCR Core („Core-Vorschlag“) hatte die Bundesnetzagentur mit Beschluss BK6-17-032b vom 19.10.2017 gemeinsam mit den anderen Regulierern der CCR Core den ursprünglichen Vorschlag der ÜNB der CCR Core genehmigt. Der genehmigte Core-Vorschlag legt für die Gebotszonengrenzen der CCR Core eine Obergrenze für Ausgleichszahlungen⁴ im Einklang mit Art. 59 Abs. 2 der HAR fest. Darüber hinaus regelt der Core-Vorschlag auch besondere grenzspezifische Bestimmungen für die Grenze Ungarn-Rumänien und definiert den Begriff des Technischen Profils⁵ für die Grenzen zwischen Tschechien, Polen, Slowakei und Deutschland.

Mit E-Mail vom 15.05.2018 haben die Antragstellerinnen einen Änderungsantrag zum Core-Vorschlag („Core-Änderungsvorschlag“) gemäß Art. 4 Abs. 12 i.V.m. Art. 51 Abs. 1 und Art. 52 Abs. 3 FCA-VO zur Genehmigung bei der Bundesnetzagentur eingereicht.

Mit Datum vom 15.05.2018⁶ hat auch die letzte nationale Regulierungsbehörde der CCR Core

² HAR: Harmonized Allocation Rules

³ SAP: Single Allocation Platform; Genehmigung BK6-17-030 vom 23.11.2017.

⁴ Gemäß Art. 53 Abs. 1 FCA-VO sind ÜNB berechtigt, langfristige Übertragungsrechte vor dem Day-Ahead-Verbindlichkeitszeitpunkt einzukürzen, um die Systemsicherheit – z.B. in unvorhergesehenen Netzsituationen – zu gewährleisten. Die betroffenen Marktteilnehmer erhalten im Kürzungsfall eine Ausgleichszahlung von den ÜNB der betroffenen Gebotszonengrenze in Höhe der Marktpreisdifferenz (vgl. Art. 53 Abs. 2 FCA-VO).

⁵ Technisches Profil: Zusammenfassung benachbarter, sich aneinander anschließender Gebotszonengrenzen zu einer durchgängigen technischen Grenze. Es kann als Trennlinie zwischen stark vermaschten Übertragungsnetzen verstanden werden und dient der Abbildung der netztechnisch für den Stromaustausch verfügbaren Kapazität zwischen den Gebotszonen auf beiden Seiten des Technischen Profils.

⁶ Maßgeblich für den Beginn der Entscheidungsfrist der Regulierungsbehörden von 6 Monaten ist der Zeitpunkt des Einganges bei der nationalen Regulierungsbehörde, die den zu genehmigenden Vorschlag zuletzt erhalten hat, vgl. Art. 4 Abs. 9 S. 3 FCA-VO.

den Antrag erhalten.

Die Änderung des Core-Vorschlags wird aufgrund der Einführung von Langfristauktionen durch das Joint Allocation Office (JAO⁷) an der Gebotszonengrenze Tschechien-Slowakei notwendig. Der CORE-Änderungsvorschlag beinhaltet hauptsächlich die Einfügung eines neuen Art. 19, der für die Grenze Tschechien-Slowakei eine Obergrenze für Ausgleichszahlungen im Einklang mit Art. 59 Abs. 2 der EU HAR einführt.

Der Core-Änderungsvorschlag wurde am 13.06.2018 im Amtsblatt der Bundesnetzagentur bekannt gegeben und auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht. Es wurde eine Stellungnahmefrist von vier Wochen bis zum 11.07.2018 eingeräumt. Die Bundesnetzagentur hat keine Stellungnahmen zum Core-Änderungsvorschlag erhalten. Vor der Antragstellung war der Core-Änderungsvorschlag Gegenstand einer von ENTSO-E⁸ gem. Art. 6 FCA-VO durchgeführten regionalen öffentlichen Konsultation im Zeitraum zwischen 12.03.2018 und 12.04.2018. Auch im Rahmen der europäischen Konsultation gingen keine Stellungnahmen ein.

Am 27.08.2018 wurde von den Regulierungsbehörden der CCR Core beschlossen, dass die ÜNB der CCR Core gemäß Art. 4 Abs. 11 FCA-VO zur Änderung des eingereichten Core-Änderungsvorschlags aufgefordert werden sollen („Änderungsverlangen“). Mit Schreiben vom 15.11.2018 hat die Bundesnetzagentur den Antragstellerinnen das gemeinschaftlich von den Regulierungsbehörden der CCR Core erstellte Änderungsverlangen zugestellt. Die Antragstellerinnen wurden aufgefordert, im Rahmen der Fristen des Art. 4 Abs. 11 FCA-VO (innerhalb von zwei Monaten) einen abgeänderten Core-Änderungsvorschlag vorzulegen. Die Forderung der Regulierer im Rahmen des Änderungsverlangens betraf Art. 1 Abs. 2 des Core-Änderungsvorschlags, der das Inkrafttreten des Änderungsvorschlags regelt („...2. Dieser Anhang tritt gemäß den anwendbaren nationalen Regulierungsvorschriften an dem Datum des Inkrafttretens der HAR in Kraft.“). Dieser Artikel zum Inkrafttreten erweckte den Eindruck, dass der geänderte Vorschlag zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der HAR – also rückwirkend – in Kraft treten sollte. Daher verlangten die Regulierer eine Änderung des Inkrafttretens des Core-Änderungsvorschlags.

Mit E-Mail vom 20.12.2018 wurde der aufgrund des Änderungsverlangens abgeänderte Core-Änderungsvorschlag für eine gemeinsame Methode zur koordinierten Kapazitätsberechnung („abgeänderter Core-Änderungsvorschlag“) bei der Bundesnetzagentur zur Genehmigung eingereicht. Mit Datum vom 30.01.2019 hat auch die letzte nationale Regulierungsbehörde der

⁷ Das JAO mit Sitz in Luxemburg ist ein Dienstleistungsunternehmen im Eigentum von zweiundzwanzig europäischen ÜNB, das im Strommarkt Auktionen für grenzüberschreitende Übertragungskapazität durchführt. Am 1. Oktober 2018 wurde JAO zur Single Allocation Platform (SAP) für alle europäischen ÜNB, die an die Bestimmungen der FCA-VO gebunden sind.,

⁸ ENTSO-E: European Network of Transmission System Operators for Electricity- Verband der europäischen Übertragungsnetzbetreiber.

CCR Core den abgeänderten Core-Änderungsvorschlag erhalten. Der abgeänderte Core-Änderungsvorschlag wurde am 23.01.2019 im Amtsblatt der Bundesnetzagentur bekannt gegeben und auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht. Es wurde eine Stellungnahmefrist von zwei Wochen bis zum 06.02.2019 eingeräumt. Die Bundesnetzagentur hat daraufhin eine Stellungnahme der Tiroler Wasserkraft AG (TIWAG AG) erhalten.

Der von den ÜNB der CCR Core vorgelegte abgeänderte Core-Änderungsvorschlag beinhaltet in Ergänzung zu dem am 15.05.2018 vorgelegten Core-Änderungsvorschlag einen neuen Art. 22, der das Inkrafttreten des abgeänderten Core-Änderungsvorschlags regelt. Demnach erlangt dieser Gültigkeit, nachdem den registrierten Nutzern der Vergabepattform (JAO) gemäß dem in Art. 68 Abs. 2 der EU HAR festgelegten Verfahren eine Änderungsnachricht übersandt wurde (mit Datum und Uhrzeit des Inkrafttretens) und eine Genehmigung des abgeänderten Core-Änderungsvorschlags gemäß dem Verfahren nach Art. 4 der FCA-VO durch die nationalen Regulierungsbehörden erfolgt ist.

Am 18.03.2019 haben die Vertreter der Regulierungsbehörden der CCR Core bekundet, den abgeänderten Core-Änderungsvorschlag genehmigen zu wollen.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Akten und insbesondere den diesem Beschluss angehängten abgeänderten Core-Änderungsvorschlag Bezug genommen.

B.

Der gemeinsame abgeänderte Vorschlag der Antragstellerinnen für die Änderung der regionalspezifischen Anforderungen an die HAR gemäß Art. 4 Abs. 12 i.V.m. Art. 51 Abs. 1 und Art. 52 Abs. 3 der FCA-VO wird genehmigt.

I. Zulässigkeit des Antrages

Der Antrag ist zulässig. Die gesetzlichen Vorschriften über das Verfahren, auch unter Berücksichtigung der Vorgaben der FCA-VO, sind gewahrt worden.

Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für die Genehmigung gemäß Art. 4 Abs. 12 i.V.m. Art. 51 Abs. 1 und Art. 52 Absatz 3 FCA-VO ergibt sich aus § 56 Abs. 1 Satz 1 Ziffer 1 EnWG i.V.m. Art. 18 Abs. 3 lit. b und Art. 18 Abs. 5 der Verordnung (EG) 714/2009, die der Beschlusskammern zur Entscheidung folgt aus § 59 Abs. 1 Satz 1 EnWG i.V.m. § 56 Abs. 1

Satz 2 und 3 EnWG.

Die Antragstellerinnen haben den zur Genehmigung vorgelegten abgeänderten Core-Änderungsvorschlag mit Eingang am 20.12.2018 fristgerecht bei der Beschlusskammer eingereicht. Der ursprünglich eingereichte Core-Änderungsvorschlag ist ausreichend mit den Interessenträgern durch die ÜNB konsultiert worden. Es wurde eine Konsultation nach Art. 6 FCA-VO ordnungsgemäß durchgeführt, Stellungnahmen waren im Zeitraum vom 12.03.2018 bis 12.04.2018 möglich. Die Anforderung des Art. 51 Abs. 1 S.2 FCA-VO nach einer Konsultation gemäß Art. 6 der FCA-VO ist damit erfüllt.

II. Begründetheit des Antrages

Der Antrag ist auch begründet. Der abgeänderte Core-Änderungsvorschlag der Antragstellerinnen erfüllt die Vorgaben der Regelungen der Art. 4, Art. 51 Abs. 1 und Art. 52 Abs. 3 FCA-VO und steht im Übrigen im Einklang mit den Zielen der FCA-VO. Die Forderungen aus dem Änderungsverlangen der Regulierer sind ebenfalls hinreichend umgesetzt worden.

Der abgeänderte Core-Änderungsvorschlag erfüllt die Voraussetzungen der Art. 51 Abs. 1 und Art. 52 Abs. 3 FCA-VO, wonach die regionalen oder gebotszonengrenzenspezifischen Anhänge der HAR u. a. die Ausgleichsvorschriften zur Festlegung regionaler Verbindlichkeitsregelungen gemäß Art. 55 FCA-VO (vgl. Art. 52 Abs. 3 lit. d FCA-VO) enthalten können. Hierunter fallen die von den ÜNB der CCR Core im Art. 19 des abgeänderten CORE-Änderungsvorschlags für die Grenze Tschechien-Slowakei vorgeschlagenen Obergrenzen für Ausgleichszahlungen im Einklang mit Art. 59 Abs. 2 der EU HAR.

Mit der Einführung eines neuen Art. 22, der das Inkrafttreten des abgeänderten Core-Änderungsvorschlags regelt, wird auch die Forderung des Art. 4 Abs. 8 FCA-VO nach einem Umsetzungszeitplan erfüllt. Gemäß Art. 22 des abgeänderten Core-Änderungsvorschlags erlangt dieser Gültigkeit, nachdem den registrierten Nutzern der Vergabepattform (JAO) gemäß dem in Art. 68 Abs. 2 der EU HAR festgelegten Verfahren eine Änderungsnachricht übersandt wurde (mit Datum und Uhrzeit des Inkrafttretens) und nach erfolgter Genehmigung gemäß dem Verfahren nach Art. 4 der FCA-VO durch die nationalen Regulierungsbehörden. Mit dem neuen Art. 22 zum Inkrafttreten erfüllen die ÜNB der CCR Core auch hinreichend die Forderung der Regulierer im Rahmen des Änderungsverlangens vom 15.11.2018, indem nun keine rückwirkende Umsetzungsfrist mehr vorgesehen ist.

Die bereits genehmigten Bestimmungen bezüglich der Obergrenzen für Ausgleichszahlungen gemäß Art. 59 Abs. 2 HAR an den übrigen Gebotszonengrenzen der CCR Core bleiben unverändert bestehen. Ebenfalls gelten die im genehmigten Core-Vorschlag dargelegten

erwarteten Auswirkungen auf die Ziele der FCA-VO auch bezüglich des abgeänderten Core-Änderungsvorschlags fort, so dass auch dieser mit den Zielen und Anforderungen der FCA-VO im Einklang steht.

Zu dem abgeänderten Core-Änderungsvorschlag hat mit E-Mail vom 06.02.2019 die TIWAG AG Stellung genommen. Die TIWAG AG schlägt in ihrer Stellungnahme vor, den gesamten Art. 4 des Core-Änderungsvorschlags zur Gebotszonengrenze Österreich – Deutschland/Luxemburg (AT – DE/LU) zu streichen. Aufgrund der bestehenden Vereinbarung zwischen den Regulierungsbehörden BNetzA und E-Control, 4,9 GW Übertragungskapazität an der Gebotszonengrenze AT – DE/LU zur Verfügung zu stellen und zur Kapazitätsbesicherung an dieser Grenze große Kraftwerksleistungen vorzuhalten, seien Kapazitätseinkürzungen aufgrund von Notfällen bzw. Systemsicherheit gem. Art. 59 HAR nicht notwendig. Demzufolge sei auch die Regelung einer Obergrenze für Ausgleichszahlungen im Kürzungsfall obsolet.

Die Beschlusskammer hält die Kritik der TIWAG AG für unbegründet und folgt dem Streichungsvorschlag bzgl. der Gebotszonengrenze AT – DE/LU nicht. Die Genehmigung der Aufnahme der Gebotszonengrenze in den Core-HAR-Anhang auch mit entsprechender Festschreibung einer „Obergrenze für Ausgleichszahlungen im Einklang mit Art. 59 Abs. 2 der HAR“ wurde bereits mit der Entscheidung aller Core-NRAs im Oktober 2017 vorgenommen (BNetzA-Verfahren BK6-17-032b – Genehmigungsdatum 19.10.2017). Im Core-Änderungsvorschlag vom 15.05.2018 wurden von den ÜNB der CCR Core die Regelungen bezüglich der Gebotszonengrenze AT – DE/LU unverändert zu der Erstentscheidung aufrechterhalten und in der Konsultation hierzu auch nicht kritisiert. In dem nach Änderungsverlangen der Core-NRAs eingereichten abgeänderten Core-Änderungsvorschlag vom 20.12.2018 wurde dann zwar seitens der ÜNB eine Änderung bezüglich der Grenze AT – DE/LU kenntlich gemacht. Hierbei handelt es sich aber lediglich um eine redaktionelle Streichung einer Fußnote. Die Fußnote hatte sowohl im ursprünglichen Core-Vorschlag als auch im Änderungsvorschlag vom 15.05.2018 auf die damals noch bevorstehende Einführung der Engpassbewirtschaftung an der Grenze AT – DE/LU hingewiesen. Der Engpass an der Grenze AT – DE/LU ist mittlerweile eingeführt und die Fußnote daher obsolet. Die übrigen Inhalte des Art. 4 blieben gegenüber dem Erstvorschlag dem Wortlaut nach inhaltlich gleich und waren demnach auch nicht Gegenstand einer erneuten Konsultation.

Auch inhaltlich geht die TIWAG AG fehl in der Annahme, dass an der Grenze AT – DE/LU keine Regelungen bezüglich der Obergrenze für Ausgleichszahlungen nach Art. 59 Abs. 2 der HAR notwendig seien.

Obwohl eine Vereinbarung von Mindestkapazitäten an der Grenze besteht, könnte dennoch der Fall eintreten, dass diese Kapazität zur Aufrechterhaltung der Systemsicherheit bzw. in Notfällen

eingekürzt werden müsste. Für diesen Fall sind auch für die Grenze AT – DE/LU, die regulärer Bestandteil der CCR Core ist, Regelungen vorzusehen, die sich nach den geltenden Regularien der FCA-VO und den von ACER genehmigten HAR richten.

Die Beschlusskammer hat auch keine eigenen Anhaltspunkte festgestellt, die gegen eine Genehmigung des Core-Vorschlags sprechen.

III. Widerrufsvorbehalt (Tenorziffer 2)

Der Widerrufsvorbehalt der Tenorziffer 2 dieser Genehmigung ist notwendig, da die Genehmigung auf Grundlage der zum Genehmigungszeitpunkt vorliegenden tatsächlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen erfolgt. Da die FCA-VO jedoch weitere Genehmigungen vorsieht, die auch den hier zu genehmigenden Vorschlag der Antragstellerinnen betreffen können, können Anpassungen dieser Genehmigung in Zukunft aufgrund sich ändernder tatsächlicher und auch rechtlicher Rahmenbedingungen erforderlich werden.

IV. Kosten (Tenorziffer 3)

Hinsichtlich der Kosten ergeht ein gesonderter Bescheid nach § 91 EnWG.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Christian Mielke
Vorsitzender

Dr. Jochen Patt
Beisitzer

Jens Lück
Beisitzer

**Vorschlag zur Änderung des
regionalspezifischen Anhangs für die
Kapazitätsberechnungsregion Core zu den
harmonisierten Vergabevorschriften für
langfristige Übertragungsrechte gemäß Artikel
52 der Verordnung (EU) Nr. 2016/1719 der
Kommission vom 26. September 2016 zur
Festlegung einer Leitlinie für die Vergabe
langfristiger Kapazität**

20. Dezember 2018

ALLE ÜNB DER KAPAZITÄTSBERECHNUNGSREGION CORE GEMEINSAM UNTER ERWÄGUNG
NACHSTEHENDER GRÜNDE:

Präambel

- (1) Der vorliegende Vorschlag ist ein Änderungsverlangen bezüglich des regionalspezifischen Anhangs zu den HAR der Kapazitätsberechnungsregion Core vom 13. April 2017, der am 20. Oktober 2017 von den nationalen Regulierungsbehörden der Kapazitätsberechnungsregion Core verabschiedet wurde (CERRF-Beschluss vom 03. Oktober 2017). Dieses Änderungsverlangen wurde vom 12. März bis 12. April 2018 öffentlich konsultiert. Es gingen keine Stellungnahmen ein. Das Änderungsverlangen wird allen nationalen Regulierungsbehörden (nachfolgend „**NRA**“ genannt) der Kapazitätsberechnungsregion Core zur Genehmigung vorgelegt.

LEGEN DEN FOLGENDEN VORSCHLAG ALLEN REGULIERUNGSBEHÖRDEN DER
KAPAZITÄTSBERECHNUNGSREGION CORE VOR:

1. Inhaltliche Änderungen

1.1. Präambel

1.1.1. Paragraph (3) der Präambel wird wie folgt geändert:

(3) *Dieses Dokument ist ein Anhang zu den harmonisierten Vergabevorschriften für langfristige Übertragungsrechte (nachfolgend „HAR“ genannt) gemäß Artikel 51 der FCA-Verordnung und gemäß des Beschlusses der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) Nr. 03/2017 vom 02. Oktober 2017.*

1.1.2. Paragraph (6) der Präambel wird wie folgt geändert:

(6) *Der vorliegende Vorschlag stellt eine Änderung des regionalspezifischen Anhangs zu den HAR der Kapazitätsberechnungsregion Core vom 13. April 2017 dar, der am 20. Oktober 2017 von den nationalen Regulierungsbehörden der Kapazitätsberechnungsregion Core verabschiedet wurde (CERRF-Beschluss vom 03. Oktober 2017). Dieser Vorschlag wurde vom 12. März bis 12. April 2018 öffentlich konsultiert. Es gingen keine Stellungnahmen ein. Dieses Dokument wird allen nationalen Regulierungsbehörden (nachfolgend „NRA“ genannt) der Kapazitätsberechnungsregion Core zur Genehmigung vorgelegt.*

1.1.3. Die Paragraphen (7) und (8) der Präambel werden gestrichen.

1.2. Hauptteil

1.2.1. In Titel 1 des Anhangs wird Artikel 1 (2) wie folgt geändert:

Artikel 1 Gegenstand und Anwendungsbereich

2. Dieser Anhang kann auf Aufforderung der nationalen Regulierungsbehörden überprüft werden. Für den Fall, dass dieser Anhang aufgrund eines entsprechenden Beschlusses der nationalen Regulierungsbehörden geändert werden muss, gilt Artikel 68 der HAR.

1.2.2. In Titel 2 des Anhangs wird Artikel 2 wie folgt geändert:

Artikel 2 Gebotszonengrenzen, für die eine Obergrenze gilt

Für die Zwecke dieses Vorschlags und der HAR gilt, dass die Obergrenze für Ausgleichszahlungen nur für die in diesem Titel aufgeführten Gebotszonengrenzen gilt.

1.2.3. In Titel 2 des Anhangs wird Artikel 4 wie folgt geändert:

Artikel 4 Österreich - Deutschland/Luxemburg (AT-DE/LU)

Für die Grenze AT-DE/LU gilt eine Obergrenze für Ausgleichszahlungen im Einklang mit Artikel 59 (2) der HAR.

1.2.4. Titel 2 des Anhangs wird Artikel 19 wie folgt hinzugefügt:

Artikel 19

Slowakei – Tschechische Republik (SK-CZ)¹

Für die Grenze SK-CZ gilt eine Obergrenze für Ausgleichszahlungen im Einklang mit Artikel 59 (2) der HAR.

1.2.5. In Titel 3 des Anhangs wird Artikel 20 (vormals Artikel 19) wie folgt geändert:

Artikel 20

Einschränkungen der Optimierungsfunktion für die Grenzen CZ-SK-DE/LU-PL

1. *Die folgende Begriffsbestimmung wird hinzugefügt:
[...]*

1.2.6. In Titel 3 des Anhangs wird Artikel 22 wie folgt hinzugefügt:

Artikel 22

Inkrafttreten

Dieser geänderte Anhang soll zu dem in der den registrierten Nutzern der Vergabepattform zugesandten Änderungsnachricht gemäß Artikel 68 (2) HAR genannten Datum und Uhrzeit und nach erfolgter Genehmigung durch die betreffenden nationalen Regulierungsbehörden gemäß dem Verfahren nach Artikel 4 der FCA-Verordnung in Kraft treten.

2. Folgende formale Änderungen gelten für das gesamte Dokument:

2.1. Artikel 19 wird zu Artikel 20

2.2. Artikel 20 wird zu Artikel 21

¹ Sobald die Gebotszonengrenze Slowakei – Tschechische Republik in Kraft ist.